

Demokratieförderung durch „Partnerschaften für Demokratie“ im Land Brandenburg Einblicke in die Praxis

Die Partnerschaften für Demokratie (PfD) werden seit 2015 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ gefördert¹. Gebietskörperschaften wie Kommunen, Städte oder Landkreise können hier Gelder erhalten, um die Demokratieentwicklung auf lokaler Ebene in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Bei einem Eigenanteil bzw. Drittmitteln von 10 % können in der aktuellen Förderperiode insgesamt 125.000.000 € beantragt werden, um damit wiederum Projekte vor Ort zu fördern. Eine Auflage des Bundesprogramms ist die Einrichtung eines Begleitausschusses (BGA), in dem Zivilgesellschaft, mitunter auch Wirtschaft sowie Verwaltung und ggf. Politik² zusammenkommen und gemeinsam an einer Strategie zur lokalen Demokratieförderung arbeiten. Das beinhaltet auch die Bewertung von Projektanträgen nach zuvor festgelegten Förderkriterien. Formal entscheidet das Federführende Amt³ (FA), ob Projekte gefördert werden oder nicht. In allen Brandenburger PfD ist es aber bisher üblich gewesen, dass der Empfehlung des BGA gefolgt wurde. Zudem bietet das Programm den Gebietskörperschaften die Möglichkeit, eine (externe) Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) zu beauftragen, welche diese bei der Umsetzung der PfD unterstützt und als Vermittler zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft fungiert.

¹ Näheres zum Programm unter <https://www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie.html> (abgerufen am 18.12.2019)

² Die Bildung als auch die Zusammensetzung der BGAs variieren erheblich. Siehe dazu Abschnitt II. Strukturelle Elemente der PfD – Möglichkeiten und Herausforderungen in diesem Text.

³ Das Federführende Amt wird hier als Eigenname geführt. Es bezeichnet den Antragsteller und Zuwendungsempfänger der Förderung aus dem Bundesprogramm in der kommunalen Verwaltung.

Zurzeit gibt es 18 PfD⁴ im Land Brandenburg. Acht PfD⁵ bestehen bereits seit 2007 als Lokaler Aktionsplan (LAP), welcher im Rahmen vorhergehender Bundesprogramme⁶ gefördert wurde. Im letzten Jahr 2019 sind allein drei neue PfD⁷ hinzugekommen. Das große Interesse seitens der Kommunen, als auch die Beibehaltung des zugrunde liegenden Förderansatzes durch den Bund über 13 Jahre hinweg, deuten darauf hin, dass das Modell vom Bund wie von den Gebietskörperschaften als erfolgversprechender Ansatz gewertet wird.

Der Förderansatz unterscheidet sich erheblich von der gängigen Förderstruktur des Bundes, in der mehrheitlich einzelne Projekte mit klaren Zielen, wie z.B. Vernetzung oder politische Bildung, seitens des Bundes gefördert wird, für die dann von freien Trägern oder auch Institutionen des öffentlichen Rechts ein Antrag gestellt werden konnte. Der Nachteil daran ist, dass der Bund nur bedingt Kenntnis von den jeweiligen Bedarfen vor Ort hat und sich auf Daten des Bundesdurchschnitts beziehen muss. Spezifische Förderprogramme treffen dann mitunter nicht die Lebensrealität der Menschen. Innerhalb des vom Bundesprogramm vorgegebenen Rahmens „Demokratieförderung“ entwickeln hier aber die Akteure selbst regionalspezifische Strategien und können so auf die jeweiligen Bedarfe vor Ort gezielter reagieren. Das heißt, dass der Fokus in der einen PfD stark auf der Vernetzung der Engagierten liegen kann und in einer anderen PfD bspw. auf Angeboten der politischen Bildung aber weniger auf Vernetzung. Je nachdem, auf welche Bedarfe der lokalen Demokratieförderung sich im BGA in Abstimmung mit dem Federführenden Amt (Verantwortliche in der Gebietskörperschaft) verständigt wurde. Wie jedes Bundesförderprogramm wurde auch „Demokratie leben!“ evaluiert⁸. Die bundesweite Bewertung des Ansatzes verbleibt aber aufgrund der

⁴ PfDs bestehen in (Stand Dez 2019): Cottbus, Fürstenwalde (Spree) und Amt Odervorland, Hoher Fläming, Frankfurt (Oder), Falkensee, Spremberg, Bernau, Storkow (Mark), Westhavelland und Nauen, LK Elbe-Elster, LK Dahme-Spreewald, LK Märkisch-Oderland, LK Oberhavel, LK Ostprignitz-Ruppin, Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung, LK Teltow-Fläming, LK Spree-Neiße, LK Uckermark

⁵ Dazu gehören die Landkreise Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark und Märkisch-Oderland, die Städte Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde sowie die Region Hoher Fläming.

⁶ Von 2007 bis 2014 wurden Lokale Aktionspläne im Rahmen des Förderprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ und dem Nachfolgeprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt.

⁷ Das sind: PfD Storkow, PfD Spremberg und PfD Bernau

⁸ <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben/programmevaluation-und-wissenschaftliche-begleitung.html> (abgerufen am 19.12.2019)

hohen Diversität in der konkreten Ausgestaltung bei recht allgemeinen Formulierungen und einigen wenigen Beispielen. Der/ die interessierte Leser*in erhält eher abstrakte als konkrete Bilder zur Umsetzung und Wirkung der PfD. Die Frage, wie dieser Erfolg vor Ort praktisch aussieht, bleibt offen. Daher sollen im Folgenden in eher beschreibender als analytischer Weise die Erfahrungen zusammengefasst werden, die in der bisherigen Umsetzung der PfD im Land Brandenburg gemacht wurden. Im ersten Teil werden die potentiellen Wirkungsweisen stärker in den Blick genommen, welche durch die Strukturen und die Förderoptionen der PfD ermöglicht werden. Im zweiten Teil soll es um die Strukturelemente selbst gehen; konkret um den Begleitausschuss (BGA) und die externe Koordinierungs- und Fachstelle (KuF).

Die Darstellungen basieren auf der Teilnahme an den landesweiten Vernetzungsrunden der KuF von 2016 bis 2019, Internetrecherchen, Einzelgesprächen, Veranstaltungen der PfD wie Demokratiekonferenzen und Projektpräsentationen sowie den Erfahrungen des MBT bei der Beratung von Partnerschaften für Demokratie. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

I. Potentielle Wirkung der PfD im Land Brandenburg

Lokale Förderung ermöglichen

Wenn es um lokales Engagement geht, sind die Gebietskörperschaften bzw. dessen Repräsentanten wie der/die Ortsbürgermeister*in zumeist der/die erste Ansprechpartner*in bzgl. ordnungsrechtlicher Fragen, um Mitstreiter*innen zu finden oder für eine finanzielle Förderung. In den vergangenen Jahren haben aber viele Bürger*innen die Erfahrung gemacht, dass die Gelder in den Kommunen für unspezifische Aufgaben, wie z. B. die Förderung des sozialen Zusammenhalts, recht knapp sind. Gerade in sehr ländlich geprägten, wirtschaftsschwachen Regionen werden mit Mühe und Not noch die jährlichen Stadt- oder Dorffeste anteilig finanziert. Für darüber hinausgehende Projekte der Zivilgesellschaft wird dann auf Förderprogramme des Bundes, des Landes oder auf Stiftungen verwiesen. Durch die Bundesförderung der PfD können gerade Gebietskörperschaften, die in wirtschaftsschwachen Räumen liegen, das Budget für die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft für mehr Demokratie und den allgemeinen sozialen Zusammenhalt erhöhen.

Vielfach werden nur wenige hundert bis tausend Euro Förderung benötigt, um diese oder jene Idee umzusetzen. Die Veranstaltung „Blech im Garten“ der FFW in Groß Warnow konnte beispielsweise mit Hilfe von rund tausend

Euro Förderung durch die PfD „Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung“ umgesetzt werden. Einen ganzen Tag präsentierten sich bereits zum dritten Mal lokale Bands und Musiker*innen. Das gesamte Dorf war auf den Beinen und dazu kamen nochmal so viele Gäste aus der Umgebung. Die engagierten Musiker*innen bekamen so nicht nur eine Möglichkeit sich zu präsentieren, sondern auch Nachwuchs zu generieren. Quasi nebenbei wurde zudem der soziale Zusammenhalt gefördert, welcher bedeutsam für das Funktionieren unserer demokratischen Gesellschaft ist. Mit der Veranstaltung wurde ein Raum geschaffen, wo die Menschen miteinander ins Gespräch kommen konnten, vielleicht auch kontrovers debattierten, neue Kontakte knüpfen und alte Bekanntschaften wieder auffrischen konnten oder einfach nur die Annehmlichkeiten von gemeinschaftlichem Tun erlebten.

Für Projekte, die nur einen geringen Zuschuss beantragen, bieten viele PfD eine sogenannte Mikroprojektförderung an. Die Förderung ist bspw. auf bis zu 500 Euro, je nach Dafürhalten der PfD begrenzt und die Bewilligung kann ggf. vom Federführenden Amt ohne Beteiligung des BGA kurzfristig gewährt werden. Als Entscheidungsgrundlage dienen die mit dem BGA zuvor gemeinsam festgelegten Kriterien.

Neben der Förderung kleinerer Projekte können aber auch größere Vorhaben wie z. B. aktivierende Sozialstrukturanalysen und Sozialraumbeschreibungen⁹ (also Forschungsvorhaben) durch die PfD beauftragt werden. Diese können etwa die Basis für die weitere Strategieentwicklung zur Demokratieförderung vor Ort bilden. Die aktivierende Sozialraumbeschreibung ermöglicht durch Interviews Einblicke in die Probleme, Sichtweisen, aber auch Potentiale der lokalen Bevölkerung. Aktivierend heißt hier, dass die Interviewpartner*innen gleichzeitig angehalten werden, sich auch kritisch mit ihrer eigenen Bereitschaft zum Engagieren auseinanderzusetzen. Durch die Sozialraumbeschreibung Brüssow wurden beispielsweise diverse Kritikpunkte hinsichtlich der demokratischen Qualität des Gemeinwesens, aber auch Ideen der Bürger*innen zur Gestaltung des Miteinanders zusammengetragen. Zur Präsentation der Ergebnisse kamen nahezu 100 Menschen. Allein diesen Umstand hatten noch viele der Befragten während der Erhebungsphase nicht für möglich gehalten. Mit Hilfe der Mobilen Beratung, welche den nun folgenden Arbeitsprozess begleitete, wurden die zuvor formulierten Baustellen kontinuierlich angegangen. Ein weiterer Vorteil der

⁹ Im Landkreis Uckermark wurden im Rahmen der PfD eine Sozialstrukturanalyse in Templin (2009) und Sozialraumbeschreibung in der Gemeinde Uckerland (2010) sowie in der Stadt Brüssow (2012) gefördert. http://lap-uckermark.de/?page_id=595 (abgerufen am 14.04.2020)

PfD ist, dass neben den finanzstarken und Mikroprojekten auch langfristig angelegte Projekte gefördert werden können. Im Landkreis Dahme-Spreewald (LDS) werden z. B. Gedenkstättenfahrten gefördert, die in drei Modulen über drei Jahre stattfinden. Es werden drei verschiedene ehemalige Konzentrationslager besucht, welche die Entwicklung der Maschinerie des Massenmordes im Nationalsozialismus verdeutlichen, aber auch die emotionale Entwicklung eines jungen Menschen nebst dem Beutelsbacher Konsens¹⁰ beachten. So ein ganzheitlich angelegtes Projekt kann man zwar jederzeit planen, doch eine gesicherte Förderung – so dass der junge Mensch ganz sicher davon ausgehen kann, dass auch das letzte Modul wie geplant umgesetzt wird – gibt es kaum außerhalb der PfD. Wunderbare pädagogische Konzepte scheitern dann an der Finanzierung bzw. daran, dass sie nur zur Hälfte umgesetzt werden konnten.

Größere und kostenintensivere Projekte, wie die hier genannten Beispiele, sollten gut eingebunden sein und es sollte die Möglichkeit bestehen, die Pläne und Konzepte auch tatsächlich umzusetzen bzw. Ergebnisse langfristig zu bearbeiten. Trotz der bestehenden positiven Erfahrungen, bspw. in der PfD Uckermark oder PfD LDS, werden größere Projekte in den Brandenburger PfD allerdings noch recht selten umgesetzt. Es besteht tendenziell eher die Bereitschaft viele kleine Projekte zu fördern.

Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

Sollte eine neue PfD implementiert werden, geht es zunächst vielfach darum, das Förderprogramm in der Zivilgesellschaft bekannt zu machen und insbesondere die Engagierten, die bisher keine (positiven) Erfahrungen mit Förderung haben, zu ermutigen, eigene Projekte zu entwickeln bzw. einzureichen. Andernfalls ist es so, dass „immer die Gleichen“ profitieren. In der Regel sind das jene Träger oder gesellschaftliche Gruppen, die bereits gut vernetzt sind, gute Kontakte in die Verwaltung besitzen und über die Jahre auch eine entsprechende Expertise erlangt haben. Eine plurale Demokratie lebt aber gerade von einer Vielzahl von Akteuren, die sich in unterschiedlichster Weise einbringen. Durch die Kenntnisse zur regionalen Akteurslandschaft können die KuF oder auch die BGA-Mitglieder weitere Akteure gezielt ansprechen und

¹⁰ „Kurz gefasst lauteten die drei Elemente dieses Konsenses: Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht; Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.“ <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (abgerufen am 27.01.2020)

über das Angebot der PfD informieren. Längst nicht jeder Verein oder jedes Engagement ist auch im Internet recherchierbar. So kann man zwar die FFW Groß Warnow als Akteur im Internet finden, doch nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem Fest „Blech im Garten“ oder ihrem sonstigen Engagement. Um diese Akteure zu finden, ist lokales Wissen, lokale Präsenz und eine gute Vernetzung notwendig.

Bei etablierten und funktionierenden PfD müssen i.d.R. weniger Ressourcen in die Öffentlichkeitsarbeit i.S. der allgemeinen Akquise gesetzt werden, da die positiven Erfahrungen mit dem Programm innerhalb der Zivilgesellschaft kommuniziert werden und potentielle Projektnehmer*innen von sich aus auf die KuF bzw. PfD zugehen. Sollte die Projektidee nicht mit den Förderkriterien der PfD vereinbar sein, kann ggf. auch auf ein anderes Förderprogramm verwiesen werden. Sollte eine Person sich engagieren wollen und bisher keine konkrete Idee haben, kann die KuF bei der Suche nach Projekten zum Mitmachen unterstützen. Im besten Falle fungiert hier die KuF/PfD als eine erste Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft für die Förderung und Weiterentwicklung von lokalen Projekten zur Demokratieförderung.

Kompetenzen zur Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung erhöhen

Für kleinere Vereine, engagierte Einzelpersonen oder Initiativen – insbesondere im sehr ländlichen Raum – stehen zumeist die Mitgestaltung ihres Sozialraums (Dorf oder Stadtteil) und die Aktivität selbst, z. B. der Tanzunterricht für Kinder und Jugendliche, im Fokus. Das Engagement wird häufig mit den bereits zur Verfügung stehenden Ressourcen geleistet. Förderprogramme könnten die materiellen und ggf. auch personellen Ressourcen erhöhen. Doch die meisten Programme waren gerade für kleinere Akteure bisher keine Option.

Die Engagierten wissen zwar sehr genau, was vor Ort gebraucht wird, doch sind zumeist wenig geübt in der antragsgerechten Darstellung sowie der Abrechnung ihrer Projektidee, geschweige denn haben sie Ressourcen, um sich permanent über Förderprogramme zu informieren. Der Aufwand ist aus Perspektive der Engagierten schon allein für einen Antrag auf Förderung häufig zu groß. Zudem ist dann noch offen, ob sie auch eine Bewilligung bekommen. Die Erfüllung formaler Kriterien ist aber die Voraussetzung für staatliche Förderung. Die PfD schließt diese Lücke und ermöglicht insbesondere den kleinen, stark lokal verorteten Akteuren dennoch von den bestehenden Förderprogrammen zu profitieren. Durch die externe Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) werden interessierte Akteure bei der Antragstellung und ggf. auch bei der For-

mulierung der Anträge oder Weiterentwicklung einer Projektidee unterstützt. Es geht hier vielfach darum, die bestehende Projektidee anforderungsgerecht zu beschreiben, aber auch die verschiedenen Effekte für die Demokratieförderung zusammen herauszuarbeiten. Mitunter ist für die Antragstellenden die demokratiefördernde Wirkung so selbstverständlich, dass sie gar nicht wissen, wo sie in der konkreten Beschreibung ansetzen sollen. Eine weitere Herausforderung ist die Abrechnung der Projekte durch die Projektnehmer*innen. Für diese ist natürlich der Erfolg des Projekts prioritätär, sprich dass das Projekt von den Menschen gut angenommen wurde und wie gedacht umgesetzt werden konnte. Daher werden große Anstrengungen in die Vorbereitung als auch Umsetzung der Projekte gesetzt. Für die häufig mühsame Abrechnung und Erstellung des Verwendungsnachweises bleibt dann nur noch wenig Kraft. Hier wird z. B. vergessen, den Pfand beim Erwerb von Getränken herauszurechnen, da wird vergessen diese oder jene Anschaffung zu begründen und dann gibt es da noch die Fristen... Diese Hürden bestehen trotz der einfach gehaltenen Antragsformulare der PfD und der ggf. verfügbaren Handreichungen zum Antrag sowie zur Abrechnung. Die KuF fungiert hier häufig als Vermittler zwischen den Anforderungen der Verwaltung und den Projektnehmer*innen. Das heißt z. B. dass die Antragsteller*innen immer wieder freundlich an die Fristen oder Einreichung von Unterlagen usw. erinnert oder diese bei der Formulierung ihres Vorhabens unterstützt werden. Bei wiederholter Förderung lassen sich Qualifizierungseffekte bei den Projektnehmer*innen feststellen. Typische Anfangsfehler und damit auch die notwendigen Rückfragen der Verwaltung werden seltener. Bei herkömmlichen Förderprogrammen kommt es hier schneller zu entsprechenden Rückforderungen, unabhängig der Gründe für eine nicht verwaltungskonforme Abrechnung. Im schlimmsten Falle bedeutet das, dass die Engagierten privat zahlen und zukünftig auf entsprechendes Engagement verzichten.

Im Rahmen der PfD wird allerdings auch auf die Sensibilisierung der Verwaltung bzgl. der Bedarfe der Zivilgesellschaft gewirkt. Das erfolgt z. B. über strukturelle Elemente der PfD wie dem BGA, in dem das Federführende Amt und zivilgesellschaftliche Vertreter*innen zusammenkommen und gemeinsam eine Strategie zur Förderung der Demokratie entwickeln, oder durch die Zusammenarbeit mit der KuF. Für die Zivilgesellschaft steht zumeist die eigentliche Umsetzung eines Projekts im Mittelpunkt. Für die Verwaltung sind das dagegen die verwaltungskonforme Antragstellung sowie Abrechnung. Die PfD ermöglicht mit ihren Strukturen der Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft die jeweiligen Handlungslogiken gegenseitig besser kennenzulernen und somit auch das Verständnis für die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen des Handelns zu erhöhen. Das ist keineswegs ein Selbstläufer und bedarf erheblichen Engagements

der Beteiligten und vor allem Zeit. Die langfristigen Förderaussichten der PfD durch das Bundesprogramm sind daher hilfreich, aber auch notwendig.

Ressourcen bündeln

Zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen und Förderung von gesellschaftlichem Engagement für Demokratie wurden in den letzten Jahren viele Methoden und Materialien entwickelt. Diese haben aber ihren Preis. Während für die Einen Stellwände, Beamer, Leinwand etc. zum Standardrepertoire im Haus gehören, bedeutet das für Andere Neuanschaffung. Die Idee z. B. einen gesellschaftskritischen Film mit mehr als fünf Personen schauen zu wollen, stellt eine echte Herausforderung dar, wenn man keinen Beamer besitzt. Eine Neuanschaffung ist auch wenig nachhaltig, wenn man eben nur einmal dieses oder jenes machen möchte. Die PfD kann entsprechende Materialien erwerben und dann einem größeren Kreis von Aktiven zur Verfügung stellen, wie z. B. in der PfD Westhavelland und Nauen. Mit Hilfe der PfD wird sicher gestellt, dass der Zugang zu den Materialien auf kurzem Wege (persönliche Absprachen, ohne komplizierte Anträge etc.) einem großen Akteurskreis ermöglicht wird.

Neben den materiellen Ressourcen können im Rahmen der PfD auch ideelle Ressourcen gebündelt und somit der Wissenstransfer unterstützt werden. Durch die Vernetzung der KuF auf lokaler, Landes- und Bundesebene sowie den Zugängen zu entsprechenden Fachveranstaltungen, gelangt diese bspw. in Kenntnis von neuen Forschungsergebnissen oder Konzepten, die anderswo sehr erfolgreich umgesetzt wurden. All das kann bei den regelmäßigen Treffen des BGA oder im Gespräch mit den Projektteilnehmer*innen eingebracht und lokal ggf. aufgenommen werden. So wurde z. B. die Idee des „roten Sofas“ von mehreren PfD bundesweit aufgenommen. Das Grundkonzept ist einfach aber wirkungsvoll. Man stelle ein rotes Sofa in den öffentlichen Raum und lädt Menschen zum Gespräch ein. Das rote Sofa generiert Aufmerksamkeit. Die Einladung zum Gespräch ist ein sehr niedrigschwelliges Angebot, um Menschen, die sonst nicht in Kontakt miteinander kommen, ins Gespräch zu bringen. Die KuF der PfD in Oberhavel war z. B. selbst Gast auf dem Roten Sofa in Velten im Rahmen der Mixed-Pickels-Woche. In 30 Minuten musste sie den Zuhörer*innen verständlich erzählen, was die PfD ist¹¹. In der PfD Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung adaptierte das Jugendforum

¹¹ <http://www.mensch-oberhavel.de/rotes-sofa-zu-demokratie-auf-der-mixed-pickels-woche/> (abgerufen am 7.1.2020)

die Idee, um Politiker*innen einzuladen und mit ihnen über Ideen und Vorschläge für eine jugendgerechte Region zu sprechen¹². Die jungen Menschen entschieden sich allerdings für ein rosafarbenes Sofa, da die Farbe Rosa mit keiner der größeren Parteien verbunden wird und sie so ihrem Anspruch der Überparteilichkeit besser Ausdruck verleihen konnten.

Der Wissenstransfer kann natürlich auch auf anderen Wegen erfolgen. Die PfD bietet durch ihre Struktur (BGA/ KuF) allerdings einen festen und verlässlichen Rahmen für den Austausch. So können Einzelpersonen entlastet werden, die sonst ehrenamtlich als Knotenpunkt für Informationen etc. fungierten und dementsprechend (zu) häufig angerufen oder angesprochen werden.

Wege der Jugendarbeit und Beteiligung von jungen Menschen ausprobieren

Seit 2018 gibt es in der Landesverfassung Brandenburgs den Artikel 18 a¹³, welcher Kindern und Jugendlichen die Beteiligung an sie berührende Gemeindeangelegenheiten zusichert. Für die Kommunen bedeutet das nun einen erhöhten Handlungsdruck. Neben Fragen der Finanzierung bestehen vielfach auch Fragezeichen hinsichtlich der praktischen Umsetzung. Neben dem § 18 a LV gibt es noch den § 11 SGB VIII, wonach Jugendarbeit eine verpflichtende Aufgabe ist. Gleichwohl ist es eine Soll-Bestimmung deren konkrete Umsetzung Interpretationsspielräume eröffnet. Was sollte aber mit knappen Kassen und schwankenden Zahlen von jungen Menschen sinnvollerweise geleistet bzw. vorgehalten werden? Adäquate Antworten auf Fragen nach lokaler Jugendarbeit und Beteiligung von jungen Menschen in kommunalen Angelegenheiten lassen sich wohl am besten zusammen mit den jungen Menschen finden. Die PfD ermöglicht Jugendlichen derartige Ideen zu entwickeln und umzusetzen sowie Kommunen Strukturen der Jugendbeteiligung zu fördern.

¹² <https://www.maz-online.de/Lokales/Prignitz/Demokratie-leben!-sucht-Unterstuetzung2> (abgerufen am 7.1.2020)

¹³ § 18a Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Kommunalverfassung des Landes Brandenburgs): (1) Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte. (2) Die Hauptsatzung bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen. (3) Die Gemeindevertretung kann einen Beauftragten für Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen benennen. Für den Beauftragten gilt § 18 Absatz 3 entsprechend. (4) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise vermerken, wie sie die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.

Im Rahmen des Bundesprogramms stehen jeder PfD gesonderte Mittel für Beteiligung, Vernetzung und der Förderung von eigenen Projekten der jungen Menschen in Höhe von 5000€ zur Verfügung. Das ermöglicht das Ausprobieren von neuen Wegen der Jugendbeteiligung unabhängig von sonstigen politischen Abwägung und Priorisierungen. Es wird vom Bund hier allgemein von der Einrichtung von Jugendforen gesprochen, d.h. junge Menschen sollen, ggf. unterstützt von Jugendarbeiter*innen, selbstständig über die Verwendung der Mittel beratschlagen und entscheiden. Doch wie diese konkret ausgestaltet werden, liegt in der Verantwortung der jeweiligen PfD. In der Praxis zeigt sich hier auch eine große Vielfalt. In der PfD Landkreis Dahme-Spreewald wurde das Jugendforum beispielsweise mit dem schon bestehenden kreisweiten Jugendforum der Jugendfeuerwehr verbunden¹⁴. Da auf bestehende Strukturen aufgebaut wurde, mussten keine Ressourcen auf die sonst aufwendige Bildung von neuen Strukturen verwendet werden. So konnte auch der Herausforderung begegnet werden, junge Menschen aus weiten Teilen des Landkreises mit ansonsten diversen Interessen und auch aus unterschiedlichen Milieus, die eigentlich kaum Bezüge zueinander haben, zusammenzubringen. Gleichwohl steht das Jugendforum auch interessierten jungen Menschen offen, die nicht Mitglied der Jugendfeuerwehr sind. Neben der Einübung von demokratischen Auseinandersetzungen z.B. wenn sie über die Projekte debattieren, wird so auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefestigt.

In einem Landkreis mit vielen Dörfern, wenigen Städten, regional teilweise nur wenigen Jugendlichen und keiner derartigen Struktur wurde wiederum die Idee eines wandernden Jugendforums¹⁵ ausprobiert. In der PfD Ostprignitz-Ruppin ist die Schwierigkeit, dass die jungen Menschen gerne am Jugendforum teilnehmen, wenn es „halbwegs“ in der Nähe stattfindet, doch nicht unbedingt bereit sind, weite Wege auf sich zu nehmen. Dazu kommen jugendtypische Herausforderungen, die mitunter im Widerspruch zum Bedürfnis nach Mitgestaltung stehen können. Vielfach ist das Engagement abhängig von dem Wohlfühl- und Erlebnisfaktor, bestehenden Bekanntschaften und ähnlichen Interessen. Durch das wandernde Jugendforum wird einerseits auf das Bedürfnis nach räumlicher Nähe reagiert, aber auch ein breiter Ansatz gewählt, der den jungen Menschen aus den unterschiedlichen Räumen des Landkreises finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung ihrer eigenen Ideen ermöglicht. Ganz andere Voraussetzungen hat

¹⁴ Nähere Informationen unter <https://www.lap-lds.de/jugendforum> (abgerufen am 7.1.2020)

¹⁵ Nähere Informationen unter <https://www.demokratie-leben-opr.de/jugend/> (abgerufen am 7.1.2020)

dagegen eine PfD, die sich nicht auf einen ganzen Landkreis sondern eine Großstadt wie Cottbus oder eine mittelgroße Stadt wie Falkensee konzentriert. Hier gibt es eine höhere Einwohnerdichte, weniger weite Wege und in der Regel flächendeckende Strukturen und Räumlichkeiten, die für die Etablierung eines Jugendforums gut genutzt werden können. Die PfD Elbe-Elster setzte hier an und versuchte die Vorteile von städtischen Räumen für den Landkreis zu nutzen. Das Jugendforum der kreisweiten PfD wurde an das bestehende und funktionierende Jugendparlament der Stadt Falkenberg angedockt. Die bereits aktiven jungen Menschen erklärten sich bereit, das Jugendparlament für Jugendliche des ganzen Landkreises zu öffnen. Dafür können sie nun insgesamt auf mehr Ressourcen zugreifen. Das ermöglicht auch jungen Menschen, die in sehr gering besiedelten Regionen des Landkreises wohnen, wo es nur wenige Gleichaltrige gibt und ein Jugendforum aus vielleicht drei Akteuren bestehen würde, Beteiligungserfahrungen mit anderen jungen Menschen zu sammeln. Zudem kann dieses Vorgehen wie bereits erwähnt zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Landkreis beitragen. Da das Jugendforum als eine Anlaufstelle für alle Jugendlichen dient, können hier Bekanntschaften getroffen werden, die aufgrund der räumlichen Ferne nicht so leicht zustande kommen würden. Durch den Austausch über die eingebrachten Projektideen wird wiederum der Blick für die unterschiedlichen Bedarfe im Landkreis geweitet.

Kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen fördern

In Zeiten rasanten gesellschaftlichen Wandels wie z.B. 2014/2015 wurde deutlich, dass ein starkes Bedürfnis nach Austausch und Debatte zu den gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bevölkerung besteht. Nur fehlt es vielfach an einem Ort dazu. In den meisten Dörfern hat die Kneipe schon lange dicht gemacht, viele pendeln und haben dadurch nur wenig Zeit für Vereinsengagement und ins Gemeindehaus geht man, wenn überhaupt, eigentlich nur gezielt zu bestimmten Veranstaltungen. In den Städten gibt es zwar mehr kommerzielle Angebote, wo Menschen zusammenkommen und debattieren können, aber auch hier gibt es nur noch ausgedünnte Gelegenheitsstrukturen wo man mit Menschen außerhalb seines persönlichen Umfelds zusammenkommen kann. Diskussionen ergeben sich also weniger zufällig sondern müssen mehr und mehr gezielt angeregt und gerahmt werden. Derartige Veranstaltungen werden im Land Brandenburg beispielsweise von den großen parteinahen Stiftungen angeboten. Diese finden allerdings eher in den größeren Städten wie Potsdam oder Cottbus statt und seltener in kleineren Städten

oder gar Dörfern. Die PfD kann diese Lücke schließen und entsprechende Veranstaltungen gerade in den kleineren Städten und ländlicheren Räumen sowohl inhaltlich als auch finanziell fördern.

Im BGA kommen im besten Fall ganz unterschiedliche Akteure (Zivilgesellschaft, Verwaltung, ggf. Politik und Wirtschaft) mit unterschiedlichen Perspektiven zusammen. Hier kann sich zu kritischen Themen der breiten Gesellschaft verständigt und Wege der Bearbeitung durch entsprechende Veranstaltungen gefunden werden. Die notwendigen Gelder zur Umsetzung der Ideen können aus dem Budget der PfD genommen werden. So wurde beispielsweise in Rathenow eine offene Informationsveranstaltung zu Reichsbürger*innen. umgesetzt¹⁶. Durch die PfD-Förderung konnte ein renommierter Referent eingeladen werden. Den Bedenken im Vorfeld hinsichtlich unkalkulierbarer Störungen, bspw. durch gewalttätige Reichsbürger*innen, konnte durch die professionelle Zusammenarbeit in der PfD selbst, sowie mit der Polizei, dem MBT und einem sehr kompetenten Referenten begegnet werden. Zur Veranstaltung kamen dann tatsächlich etwa 20 Reichsbürger*innen (bei insgesamt rund 140 Gästen) mit dem offensichtlichen Ziel die Veranstaltung zu stören. Sie machten Zwischenrufe und Drohungen. Der Referent ging damit eloquent um und nutzte die Störversuche gleich zur Veranschaulichung seiner Empfehlungen hinsichtlich des Umgangs mit Reichsbürger*innen. Von allen Beteiligten, Organisatoren wie den Teilnehmenden – mit Ausnahme der Reichsbürger*innen – wurde die Veranstaltung als Erfolg bewertet.

Bei öffentlichen Veranstaltungen besteht immer die Möglichkeit, dass einzelne Gruppen aufgrund ihrer politischen Ansichten etc. diese verhindern oder zumindest den Ablauf stören wollen. Insbesondere bei kontroversen Themen, bei denen die Gemüter leicht erhitzen und es zu Aggressionen kommen kann, besteht die Gefahr, dass das unbestimmte Gefahrenpotential das Engagement bereits im Vorfeld verhindert. Das unbestimmte Potential bleibt natürlich auch bei Kooperationen bestehen. Doch die Zusammenarbeit und entsprechende Absprachen zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen sowie die Unterstützung durch professionelle Beratung, wie sie das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ in Brandenburg bietet, erhöhen die Handlungssicherheit der Einzelnen deutlich und fördern somit neben der notwendigen Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen auch wieder gesellschaftliches Engagement.

¹⁶ Nähere Informationen zur Veranstaltung u.a. unter <https://presseservicern.wordpress.com/2018/09/18/rathenow-reichsbuerger-im-visier/> (abgerufen am 15.4.2020)

II. Strukturelle Elemente der PfD – Möglichkeiten und Herausforderungen

Der Begleitausschuss (BGA)

Der BGA wurde im ersten Teil schon mehrfach als ein zentrales Element der PfD erwähnt. Die Gründung des BGA, die konkrete Ausgestaltung der Zusammensetzung als auch die Arbeitsweisen unterliegen allerdings nicht nur bundes- sondern auch landesweit einer hohen Diversität, abhängig von den lokalen Gegebenheiten.

Gründung und Besetzung eines BGA:

Die Gründung bzw. Neubesetzung eines BGA steht mehreren Herausforderungen gegenüber. Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich. In der Regel werden keine Aufwandsentschädigungen gezahlt. Wer sich beteiligen möchte, muss also ehrenamtlich seine Zeit investieren und ggf. Fahrtkosten auf sich nehmen. Insbesondere in PfD, die landkreisweit agieren, bedeutet das lange Wege. Die Häufigkeit der Treffen des BGA und somit der notwendige Zeitaufwand variieren stark, von wenigen Treffen in einem Jahr bis zu regelmäßigen Treffen bspw. alle zwei Monate. Diese Rahmenbedingungen sind für ehrenamtlich Engagierte nicht besonders attraktiv. Die Resonanz von allgemeinen Aufrufen in den lokalen Medien zur Teilnahme am BGA war bisher auch eher gering. Das Finden von BGA Mitgliedern ist keinesfalls ein Selbstläufer.

Von den Verantwortlichen zur Etablierung der PfD wurde daher zuvor eruiert, *erstens* welche gesellschaftlichen Gruppen vorhanden sind und prinzipiell vertreten sein sollten, sowie *zweitens* wer gesellschaftlich aktiv ist und ein mögliches Interesse zur Teilnahme hätte. Diese wurden dann gezielt angesprochen.

Auf der anderen Seite besteht im BGA die Möglichkeit, durch die Empfehlungen zu Projektförderanträgen, dem Austausch mit der Verwaltung und deutungsmächtigen Akteuren der Region, deutlichen Einfluss auf die lokalen Entwicklungen zu nehmen. Die vermeintlich persönliche Auswahl von BGA-Mitgliedern kann dann leicht als Klüngelei kritisiert werden, insbesondere von denen, deren Projekte als nicht förderfähig gesehen werden. Um zwischen diesen beiden Herausforderungen zu lavieren, werden heute vielfach beide Wege beschritten. Neben öffentlichen Aufrufen in Tageszeitungen oder dem Internetauftritt der PfD, werden Akteure gezielt angesprochen. Diejenigen, die zur Teilnahme bereit sind, werden in einigen PfD, wie z. B. in der PfD LK Ostprignitz-Ruppin, vom Kreistag berufen. Bei anderen reicht zur Aufnahme eines neuen Mitglieds die Zustimmung durch das Federführende Amt.

Neben den stimmberechtigten Mitgliedern gibt es häufig auch Nicht-Stimmberchtigte, sogenannte beratende Mitglieder im BGA. Das MBT Neuruppin ist beispielsweise ein beratendes Mitglied in der Pfd Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung. Sie informieren bei Bedarf über demokratiegefährdende Phänomene oder unterstützen beispielsweise bei der Einordnung von Ereignissen im Kontext Rechtsextremismus.

Eine weitere Herausforderung für die Besetzung des BGA sind die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und Grenzen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. In diversen BGA sind z.B. Wirtschaftsakteure formal Mitglied. Trotz formulierten Interesses an der Teilnahme zeigt sich in der Praxis, dass diese häufig nicht an den BGA-Treffen teilnehmen. Das liegt weniger daran, dass die Akteure dem Thema Demokratie keine Bedeutung beimessen würden. Im Gegenteil: die Fachkräftesicherung ist ein bedeutendes Thema in der Wirtschaft. Das gesamtgesellschaftliche Umfeld, eine lebendige und fremdenfreundliche Gemeinde spielt insbesondere dann eine Rolle, wenn man auch Fachkräfte aus dem Ausland anwerben möchte bzw. muss. Doch Wirtschaftsakteure, wie z.B. einzelne Unternehmer*innen, haben i.d.R. noch weniger Zeit als die anderen, um an den Treffen teilzunehmen. Durch die Befragung von Wirtschaftsakteuren im Rahmen der Strategieentwicklung Uckermark 2010 wurde dies deutlich. „Sinnvoll wäre, bereits mit einem konkreten Anliegen bzw. Projekt in die Wirtschaft reinzugehen und dann ggf. gemeinsam zu modifizieren.“¹⁷ Eine andere Möglichkeit, die Wirtschaftsperspektive einzuholen, ist z.B. die Einbeziehung von Wirtschaftsverbänden, deren Aufgabe u.a. auch Lobbyarbeit ist.

Will man Vertreter*innen verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen im BGA einbinden, sollten die jeweiligen Bedarfe in den Blick genommen werden. Die Qualität der Debatten und des Miteinanders sowie die Häufigkeit der Treffen sind daher entscheidend, ob auch jene Akteure im BGA langfristig gehalten werden können, die aufgrund ihrer sonstigen Einbindung und originären Interessen weniger prädestiniert für derlei Gremienarbeit sind. Möglichkeiten der Einbeziehung gäbe es allerdings auch außerhalb der Mitgliedschaft im BGA durch bspw. eine punktuelle Zusammenarbeit oder im Rahmen von Demokratiekonferenzen.

¹⁷ Demos: „Strategieentwicklung Uckermark 2010“ von Astrid Peters, 2010 unter https://www.vielfalt-mediathek.de/data/lap_uckermark_strategieentwicklung_uckermark.pdf (eingesehen am 10.01.2020)

Demokratie leben im BGA:

Der BGA bietet eine Struktur, in der Zivilgesellschaft und Verwaltung institutionalisiert zusammentreffen und somit leichter in einen demokratischen Diskurs kommen können. Die Struktur allein ist allerdings kein Garant dafür, dass hier auch tatsächlich ein demokratischer Diskurs stattfindet. Wie die Teilnahmebereitschaft am BGA, ist auch das kein Selbstläufer.

Im besten Falle sind im BGA verschiedenste Perspektiven vertreten. Das ist für eine ganzheitliche Strategieentwicklung unabdingbar, gleichzeitig führt es zwangsläufig zu Konflikten unter den Teilnehmer*innen aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen. Das betrifft nicht nur zivilgesellschaftliche Akteure versus Verwaltung. Es kann auch zu Konkurrenzen innerhalb der Zivilgesellschaft bspw. zwischen kleinen und großen Trägern oder unterschiedlichen Ansätzen von Akteuren kommen. Hier wird Demokratie sozusagen im Kleinen gelebt. Es wird gestritten, ausgehandelt und letztendlich gemeinsam entschieden. Das geht nicht gänzlich ohne Frust, Ärger und Unwillen ab. Mitunter muss aber auch erst ermutigt werden, in den offenen Diskurs zu gehen. Offen ausgesprochene Kritik könnte sich ggf. negativ auf die bestehenden sozialen Beziehungen auswirken, weshalb manche Akteure lieber schweigen oder nur in kleinem Kreis offen ihre Kritik aussprechen.

Daher ist die Rahmung der Sitzungen für die Qualität der Debatte bedeutsam. Durch Moderation und der Nutzung verschiedener Methoden kann der demokratische Austausch unterstützt werden. Die Moderation wird in den Brandenburger PfD unterschiedlich gehandhabt. In der einen PfD wird die Sitzung vom Verantwortlichen des Federführenden Amtes geleitet, bei der nächsten PfD durch die KuF und andernorts wiederum durch eine Honorarkraft. Wichtig dabei ist, dass die Moderation von allen akzeptiert wird und kompetent zur Kompromiss- bzw. Konsensbildung beiträgt. Ein konfliktreicher BGA, bei dem auch die KuF und das FA involviert sind, sollte z.B. eher durch einen neutralen Akteur moderiert werden. Methodisch wurde beispielsweise mit einer Geschäftsordnung (GO) gearbeitet, welche die Mitglieder gemeinsam entworfen haben. Das fördert einerseits die Transparenz nach außen und minimiert so die Angriffsfläche für Vorwürfe der Klüngeli. Andererseits ermöglicht die Erarbeitung der Geschäftsordnung eine praktische und nicht nur abstrakte Verständigung darüber, wie man miteinander arbeiten möchte. Einige BGA nutzen beispielsweise auch regelmäßig Klausuren, um in den intensiveren Austausch miteinander zu gehen.

Laut Bundesprogramm ist die Entwicklung einer Strategie zur Demokratieförderung die Hauptaufgabe des BGA. In der Vergangenheit standen für viele BGA Mitglieder in diversen PfD allerdings eher die Empfehlung für die Projektförderung im Vordergrund. Das heißt, bei den regelmäßigen Treffen

hat man sich zwar zu bedeutenden, demokratiegefährdenden Phänomenen oder Entwicklungen in der Region ausgetauscht, im Mittelpunkt standen aber die Projekte. Hier gab es jeweils Zeitdruck und ein konkretes Anliegen, über das es zu befinden galt. Die Entwicklungen von Strategien, das Generieren von Themen oder die Gestaltung der Demokratiekonferenzen (Pflichtelement des Bundesprogramms) wurden vielfach zum erheblichen Teil den Hauptamtlichen, insbesondere der KuF überlassen. In den letzten Jahren zeigt sich allerdings eine Veränderung in Richtung eines demokratischeren Diskurses. Die Strategieentwicklung nimmt in einzelnen BGA an Bedeutung zu. Perspektivisch könnte hier auch noch mehr Austausch zwischen BGA ähnlich strukturierter oder benachbarter PfD angeregt werden. Die BGA der benachbarten PfD Landkreis Dahme-Spreewald und Landkreis Teltow-Fläming haben sich beispielsweise zum Austausch über deren Arbeitsweisen und demokratiegefährdenden Phänomenen in ihren Regionen getroffen.

Die Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) – Möglichkeiten und Herausforderungen

Die Förderung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) kann im Rahmen der PfD-Förderung zusätzlich beantragt werden. Die örtlichen Träger können sich dann wiederum beim Träger der PfD, der Gebietskörperschaft um die Trägerschaft für eine KuF bewerben. Im Land Brandenburg sind ganz unterschiedliche, große und kleine Organisationen Träger einer KuF. Der Arbeitszeitumfang der KuF variiert i.d.R. zwischen einer Teil- und einer Vollzeitstelle. Es besteht allerdings kein Zwang zur Implementierung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle. In der PfD Uckermark wird die Koordinierung beispielsweise intern durch das Federführende Amt geleistet.

Die Anforderungen an die KuF sind sehr umfangreich und mitunter schwammig, auch wenn es auf den ersten Blick klar umrissen scheint. Sie unterstützt das FA insgesamt bei der Umsetzung des Bundesprogramms und arbeitet recht eng mit dem/der Verantwortlichen für die interne Koordination beim FA (Zuwendungsbescheid, Abrechnung etc.) zusammen. Ihre Hauptaufgaben liegen in der (1) Öffentlichkeitsarbeit, (2) Organisation der BGA-Treffen, (3) Organisation Demokratiekonferenz und (4) Beratung hinsichtlich der Antragstellung. Das erfordert eine gute Kenntnis der örtlichen Zivilgesellschaft, im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Grundverständnis von Verwaltungsbläufen und eine gute überregionale Vernetzung, um bei der Suche nach entsprechenden Referent*innen etc. unterstützen zu können.

Der formale Handlungsspielraum der KuF ist allerdings sehr begrenzt. Sie ist im BGA i.d.R. nicht stimmberechtigt und alle Maßnahmen der PfD werden letztinstanzlich von dem FA verantwortet. Bei den meisten Aktivitäten ist sie daher von dem Auftrag bzw. dem zur Verfügung gestellten Entscheidungsfreiraum durch das FA oder dem BGA abhängig. Problematisch wird es i.d.R. dann, wenn es innerhalb des FA zu wenig personelle Ressourcen gibt und die Aufgaben der internen Koordination soweit wie möglich von der KuF übernommen werden, um weiterhin ein reibungsloses Funktionieren der PfD zu gewährleisten und die Fristen zur Abrechnung beim Bund zu wahren. Diese Kapazitäten fehlen dann in den anderen Bereichen. Eine weitere Herausforderung ergibt sich, wenn die Mehrheit der BGA-Mitglieder primär auf die Empfehlung bzw. Ablehnung von Projekten fokussiert und sich nur bedingt in die Entwicklung einer Strategie oder Ausgestaltung von Demokratiekonferenzen einbringen will. Da diese Elemente vom Bund gefordert werden, entsteht dann im schlimmsten Falle eine Strategie oder ein Konzept am Schreibtisch der KuF. Zu herausfordernden Situationen für die KuF kann es zudem durch divergierende Ansprüche zwischen dem FA und dem BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben; eine dem BMFSFJ untergeordnete Behörde) kommen. Das BAFzA bietet z. B. Qualifizierungsmaßnahmen für die KuF bundesweit an. Das ermöglicht einen bundesweiten Austausch und gemeinsames Lernen für die KuF. Das BAFzA wiederum kann so einen gewissen Einfluss auf die Ausprägung der PfD bekommen (Qualitätssicherung), ohne in die Freiheit der Gebietskörperschaften einzudringen. Da die PfD aber sehr unterschiedliche Voraussetzungen haben, kann so manches, was woanders guter Standard ist, ggf. nicht in der eigenen Region umgesetzt werden. Die KuF kommt hier umgangssprachlich ausgedrückt zwischen Baum (dem Federführenden Amt) und Borke (den Qualifizierungsmaßnahmen des BAFzA). Abschließend ist noch zu erwähnen, dass die KuF in eine eigene Trägerstruktur, mit ggf. eigenen Interessen und Anforderungen an den/die jeweiligen Arbeitnehmer*innen, eingebunden ist.

Die KuF fungiert zusammenfassend in einem Spannungsfeld zwischen der (1) Anbindung an den eigenen Träger, der (2) örtlichen Zivilgesellschaft, die sie beraten soll, dem (3) FA, mit dem sie intensiv zusammenarbeitet (4) dem Bund/BAFzA, welcher die Anforderungen des Bundesprogramms bestimmt und die KuF qualifiziert, sowie dem (5) BGA als das Gremium, welches die Strategie (Förderkriterien, Themen und Ausgestaltung der Demokratiekonferenz) der PfD erarbeiten soll.

So herausfordernd das für die KuF ist, so viele Möglichkeiten stecken auch darin.

Die öffentliche Verwaltung ist ein recht starres System. Das ist für die klassischen Verwaltungsbereiche auch gut so, schließlich wird hier mit sensiblen Daten und öffentlichen Geldern gearbeitet. Das zeigt sich z. B. bei der Zeiterfassung im Haus und erhöhten Sicherheitsanforderungen im IT-Bereich. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erfordert allerdings häufig andere Arbeitszeiten, z. B. eher im Nachmittagsbereich oder am Abend, weil diese sich wiederum erst in ihrer Freizeit dem ehrenamtlichen Engagement widmen können. Würde man hier permanent Anträge auf veränderte Arbeitszeiten stellen müssen, würde ein erheblicher Teil der Arbeitszeit allein dafür genutzt werden. Auch die modernen kurzen Wege, also kurze Nachfragen über Messenger-Dienste, entsprechen nicht immer den Anforderungen der Verwaltung bzw. ist es i.d.R. nicht möglich, Verwaltungsmitarbeiter*innen so zu kontaktieren.

Freie Träger und somit auch die KuF können hier unter Beachtung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen etwas freier agieren und den Bedarfen der Zivilgesellschaft etwas mehr entgegenkommen, da der Fokus eben nicht auf Verwaltung sondern auf das Arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren liegt. Gleichzeitig erhält die KuF durch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung Kenntnisse von deren Handlungsmöglichkeiten sowie -grenzen und kann diese wiederum in den unterschiedlichsten Settings (z.B. Veranstaltungen, Beratung zur Antragstellung) einbringen. Nicht zu vernachlässigen ist hier auch die Wirkung von Sprache. Ein/eine Verwaltungsmitarbeiter*in nutzt natürlich Fachtermini, die für Externe mitunter nur schwer zu verstehen sind. Die KuF kann beim Übersetzen helfen, da sie sowohl Einblicke in die Funktionsweisen der Verwaltung als auch in jene der Zivilgesellschaft hat.

Zu den weiteren Aufgaben der KuF gehört die Organisation des BGA in Zusammenarbeit mit dem FA. Da die KuF im Gegensatz zum FA keine Entscheidungsbefugnisse im BGA bzw. der Projektförderung hat, ist sie neben den beratenden Mitgliedern einer der wenigen Akteure ohne besondere eigene Interessen. Dadurch kann sie auch vermittelnd zwischen den unterschiedlichen Interessen im BGA eingreifen bzw. auf Konflikte reagieren. Das kann z. B. bedeuten, dass die KuF zu neuen Formaten und Methoden recherchiert (Internetrecherche, Netzwerke), die geeignet sind, um die Konflikte zu bearbeiten. Die dafür notwendige Arbeitszeit kann oft weder von den Verwaltungsmitarbeiter*innen noch von den Ehrenamtlichen aufgebracht werden. Mit der Anbindung der KuF an einen freien Träger, der sich auf die Arbeit mit Menschen spezialisiert hat, wird auch die Hoffnung verbunden, dass hier nochmal auf ein großes Kompetenznetzwerk zurückgegriffen werden kann.

Schlussbemerkung

Mit dem Konzept der PfD geht der Bund einen neuen Weg der Demokratieförderung. Dem Credo des Bottom-Up Ansatzes folgend, wird vom Bund ausschließlich das Leitziel „Demokratieförderung“ mit wenigen Teilzielen wie Extremismusprävention und eine gewisse Struktur (FA, BGA und KuF) vorgegeben. Die konkrete Umsetzung obliegt den jeweiligen Gebietskörperschaften. Die Kommunen erhalten so ein großes Stück Handlungsfreiheit. Für den Bund heißt das aber weniger Einflussnahme und kaum Steuerungsmöglichkeiten. Man könnte unken, dass hier lediglich Geld verteilt wird, aber eine Stärkung des demokratischen Miteinanders keinesfalls gesichert ist. Doch gerade die Offenheit von Verständigungsprozessen ist ein wesentliches Element der Demokratie. Wie will man ein demokratisches, selbstbestimmtes Miteinander fördern, das mehr als die bloße Existenz von demokratischen Institutionen und Rechten bedeutet, wenn man gleichzeitig den Handlungskorridor so eng zieht, dass eigenständige Handlungen darin kaum noch möglich sind?

Man könnte weiter unken, dass in manchen PfD kritische Themen nur sehr verhalten debattiert werden und der Fokus eher auf der Bewertung von förderfähigen Projekten liegt. Die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen demokratischen Kultur erfolgt aber nicht allein durch entsprechende Strukturen, politische Bildung oder punktuelle Finanzspritzen, sondern durch kontinuierliches miteinander Arbeiten und Entwickeln. Die politische Kultur ist nicht nur von den eigenen Kompetenzen sondern auch vom Agieren der Mitmenschen und dem Vertrauen in einen fairen demokratischen Umgang miteinander abhängig. Demokratie geht nicht alleine. Die PfD bietet diesen Rahmen zum gemeinsamen Lernen, zur Festigung von demokratischen Handlungsweisen und zur Stärkung des Vertrauens ineinander. Insofern ist es keinesfalls ein demokratischer Makel einer PfD, wenn in manchen BGA (noch) sehr verhalten diskutiert wird, sondern Ausdruck der unterschiedlichen politischen Kulturen in den Gemeinwesen beim Start der Partnerschaft für Demokratie.

In der Beachtung der lokalen Gegebenheiten liegt auch ein Vorteil der PfD gegenüber zeitlich befristeten Demokratieprojekten von bundesweit agierenden Trägern. Diese besitzen zwar umfangreiche Kompetenzen zur Demokratiearbeit, aber in der Regel keine tiefergehenden Kompetenzen zur bestehenden lokalen politischen Kultur. Doch genau hier wäre die Schnittstelle zur Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort. Durch die Schaffung von entsprechenden lokalen Handlungsmöglichkeiten können die Vorteile, aber auch Herausforderungen von Demokratie direkt erlebbar gemacht und nicht nur abstrakt thematisiert werden. Eine fruchtbare Zusammenarbeit entstand häufig, wenn bundesweit agierende Projekte mit einer PfD zusammengear-

beitet haben. Neben finanziellen Aspekten betraf das z. B. Fragen nach geeigneten Projektpartner*innen in der Fläche oder ob das Angebot tatsächlich die Bedarfe vor Ort trifft. Die KuF fungierte dann häufig in der Vermittlerrolle, einerseits zwischen der lokalen Ebene und dem bundesweiten Träger, oder als Ansprechpartnerin hinsichtlich der Erfahrungen mit diesem oder jenem Projekt für andere KuF.

Zusammenfassend kann das Konzept PfD als ein Erfolgsmodell auch für Brandenburger Kommunen beschrieben werden. Dabei ist es keinesfalls ein Allheilmittel und immer abhängig vom Zusammenspiel der lokalen Akteure sowie der Bereitschaft, neue Impulse zuzulassen. Doch die PfD bietet viel Potential, Demokratie vor Ort tatsächlich zu leben und erlebbar zu machen.